"In NRW gibt es mehr Geld"

Elternvertreter Dr. Martin Stoevesandt beklagt mangelnde Transparenz der Behörde

VON AXEL SCHULLER

Bremens "Privatschulen" müssen Schulgeld nehmen, weil der Staat nur einen Teil ihrer Personalkosten zuschießt. Muss das so sein?

WESER REPORT: Herr Dr. Stoevesandt, SPD und Grüne wollen den staatlichen Zuschuss an Privatschulen um zwei Prozent kürzen. Ist das wirklich so schlimm?

DR. MARTIN STOEVESANDT:
Das ist ein echtes Problem,
die Schulen in freier Trägerschaft sind finanziell schon
jetzt am Anschlag. Sie sollen
sich um die Inklusion und
die Umsetzung der Schulreform kümmern. Das kostet
mehr Geld, wird aber vom
Staat nicht zugestanden. Im
Gegenteil: Jetzt wird auch
noch gekürzt.

Sind alle Schulformen gleichermaßen betroffen?

Besonders betroffen ist das ewige Bremer Stiefkind, das durchgehende Gymnasium und noch verschärft die gymnasialen Oberstufen. Bei diesen wird der Zuschuss um bis zu 20 Prozent gekürzt.

Auf welcher Grundlage berechnet der Staat seinen Zuschuss an Privatschulen?

Es werden lediglich Personalkosten bezuschusst. Basis sind die Personalausgaben der Schulen, die Bremen an das Statistische Bundesamt meldet...

... die der staatlichen Schulen?

Ja. Auf dieser Basis wird der Zuschuss an Private berech-



Dr. Martin Stoevesandt: Kürzung des Zuschusses führt zu echten Problemen.

Foto: Schlie

net. Leider sagt man nicht, was in die Personalkosten der staatlichen einfließt; beispielsweise, ob der Vertretungspool eingerechnet ist.

Erhalten Schulen in freier Trägerschaft Geld für den Unterhalt von Gebäuden oder für Investitionen?

Nein, nichts. Die Bemessungsgrundlage sind lediglich die Personalkosten.

Privatschulen tragen nach Ansicht rot-grüner Bildungspolitiker und der Gewerkschaft GEW dazu bei, dass gute Schüler abwandern. Wie sehen Sie das?

Es ist richtig, dass es einige Schulen in freier Trägerschaft gibt, die faktisch zur Segregation (Trennung; Anm. d. Red.) beitragen. Das hängt entscheidend von der

Höhe des Schulgeldes ab. Das ist aber ein bisschen das Henne-Ei-Prinzip: Schulen in freier Trägerschaft so wie im rot-grünen Nordrhein-Westfalen gestaltet, wo 90 Prozent der Kosten getragen werden, sind Privatschulen für alle offen. Im Gegenzug darf in NRW nämlich kein Schulgeld verlangt werden. Dieses wiederum fällt in Bremen an, weil der Staat nicht alle Kosten übernimmt. Man kann auch sagen: Je weniger Geld Bremen zur Verfügung stellt, um so höher fällt das Schulgeld aus. Dies fördert wiederum die Segregation, die laut Grundgesetz verboten ist.

Und wie steht es um die soziale Mischung in Bremens Privatschulen?

In der katholischen St. Johannis-Schule haben mehr als ein Drittel der Kinder einen Migrationshintergrund. Und in Bremens größter Schule in freier Trägerschaft, der Freien Evangelischen Bekenntnisschule, gibt es ein völlig durchmischtes Klientel. Je teurer die Schulen in freier Trägerschaft – wie etwa die International School – werden, desto größer ist der Segregationsfaktor. Das ökumenische Gymnasium und andere Private wirken der Trennung mit einem umfangreichen Stipendien-Programm entgegen.

ZUR PERSON

Dr. Martin Stoevesandt (44) ist Rechtsanwalt, verheiratet und hat vier Kinder. Im Zentralelternbeirat ist er im Fachvorstand Grundschulen.